

Stuttgart 21 stoppen



Extrablatt der SAV Stuttgart – 26. November 2011 – gegen Spende

Ja zum Ausstieg



Lügenpack entmachten

Die alten Lügen wiederholen, neue obendrauf packen und eine Drohkulisse aufbauen. So betreiben Grube und die Tunnelparteien Stimmenfang für die Volksabstimmung. Die wahren Baukosten von S 21 bleiben auch vor der Volksabstimmung geheim. Gleichzeitig werden Ausstiegskosten von 1,5 Milliarden Euro zusammenphantasiert. Obwohl S 21 noch nicht mal fertig geplant geschweige denn genehmigt ist, gehen sie mit der Parole „fertig bauen“ hausieren. Grube und Ramsauer sagen: entweder ihr akzeptiert S 21 oder es wird gar nichts in den Stuttgarter Bahnhof investiert. Das ist pure Erpressung.

S 21 ist Ärger ohne Ende

Eine Mehrheit für Weiterbauen bei der Volksabstimmung wäre kein Ende des Ärgers. Die physikalischen Eigenschaften von Gipskeuper ändern sich nicht durch die Volksabstimmung. Die Gefahren für die Mineralquellen verschwinden nicht mit ihr. Mit der Stimmabgabe kann die Kostenlüge nicht aus der Welt geschafft werden. S 21 bleibt ein durch und durch zerstörerisches

Projekt. Weiterbauen bedeutet S-Bahn-Chaos, Chaos im Regionalverkehr, Zerstörung des mittleren Schlossgartens, die Verwandlung der Innenstadt in „Europas größte Baustelle“ – und das für mindestens zehn Jahre. Weiterbauen heißt auch weiteren berechtigten Widerstand gegen S 21, weitere Demonstrationen und Blockaden. Der Ärger um S 21 hat erst ein Ende, wenn das Projekt beendet wird.

Volksabstimmung – demokratischer Aufbruch?

Nachdem der Vorschlag der SPD für eine Volksabstimmung auf dem Tisch lag, hat die SAV erklärt, dass es der SPD dabei nicht um Demokratie geht, sondern um die Verhinderung von Demokratie. Denn das Quorum von einem Drittel der Wahlberechtigten ist völlig undemokratisch und so gut wie nicht erreichbar. Bezeichnenderweise hat die SPD-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat durch die Ablehnung von zwei Bürgerbegehren verhindert, dass die WählerInnen über die Beteiligung der Stadt an S 21 abstimmen dürfen. Die Grünen in der Landesregierung

sind ebenfalls der Meinung, dass der Widerstand gegen S 21 aufhören muss, wenn das Quorum nicht erreicht wird.

Grünen-Politiker und einige Vertreter der Bewegung gegen Stuttgart 21 erklären die Volksabstimmung völlig zu Unrecht zur „historischen Chance“ oder zum „demokratischen Aufbruch“. Wie weit entfernt wir davon sind, zeigt die Tatsache, dass im Stuttgarter Polizeipräsidium der sogenannte „D-Day“ geplant wird. Generalstabsmäßig bereitet sich der Staatsapparat darauf vor mit einem Großeinsatz von Polizisten und Containern auf dem Cannstatter Wasen für die Gewahrsamnahme von Blockierern das Baurecht der Bahn durchzuprügeln. „6.000 Soldaten in Afghanistan und 9.000 Polizisten in Stuttgart, ihr habt sie ja wohl nicht alle“, empörte sich ein Teilnehmer einer Veranstaltung der Grünen in Bad Cannstatt am 10. November.

Das Ergebnis der Volksabstimmung hängt nicht nur davon ab, wie viel Prozent der Bevölkerung für oder gegen Stuttgart 21 sind, sondern auch davon, wie gut die beiden Lager ihre AnhängerIn-

nen mobilisieren können. Werden die Menschen, die die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 satt haben, verstehen, dass diese Auseinandersetzung nur endet, wenn Stuttgart 21 gestoppt wird?

Keine Gleichberechtigung bei der Verbreitung von Positionen

Ein zentrales Argument gegen Stuttgart 21, das viele Menschen bewegt und mobilisiert hat, war die fehlende Demokratie. In der großen Masse der Bevölkerung kann der Eindruck entstehen, dass mit der Volksabstimmung das Demokratiedefizit beseitigt werde. Doch für AktivistInnen ist klar, dass nicht nur das Quorum undemokratisch ist. Eine demokratische Entscheidung setzt gleichberechtigten Zugang zur Verbreitung von Positionen voraus. Diese „Waffengleichheit“ gibt es nicht. Hinter Stuttgart 21 steht das Kapital. Und im Kampf um milliardenschwere Profite können problemlos ein paar Millionen locker gemacht werden, um Anzeigen zu schalten, Werbeagenturen zu finanzieren und

Widerstand und Kriminalisierung

Auch vor der Volksabstimmung gehen die Blockaden am Grundwassermanagement weiter. Bei den Dienstagsblockaden wurden die Bauarbeiten bis zu vier Stunden aufgehalten. Das ist gut so. Ein Grund, warum der Kampf gegen Stuttgart 21 letztes Jahr so große Sympathien gewann, war, dass deutlich war, dass es nicht um ritualisierten Protest ging, sondern wir den Kampf gegen Stuttgart 21 gewinnen wollen. Gerade weil es jetzt eine Schicht in der Bevölkerung gibt, die ein Ende der Auseinandersetzung herbeisehnt, ist es umso wichtiger, dass wir Stuttgart 21 nicht 20 Jahre lang mit Montagsdemos und Veranstaltungen kritisch begleiten, sondern stoppen wollen. So schnell wie möglich. Und dabei ist massenhafter ziviler Ungehorsam in Form von Baustellenblockaden und Besetzungen weiterhin ein ausgezeichnetes Mittel – das zeigt gerade das Verhalten der Gegenseite in Form von zahlreichen Äußerungen und der massiven Kriminalisierungswelle nach der Baustellenbesetzung vom 20. Juni.

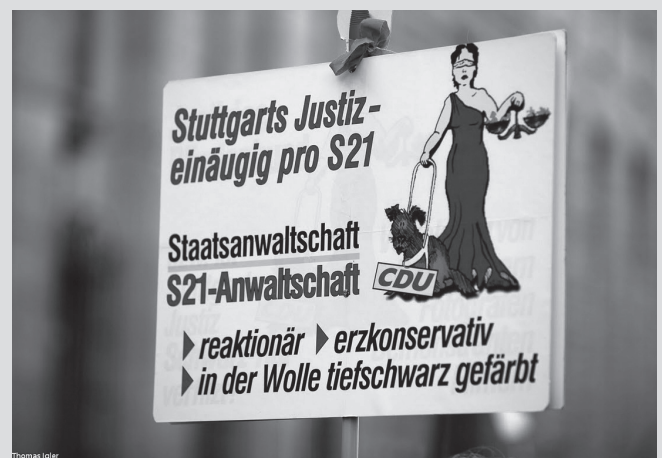
Dazu müssen wir die Kriminalisierung des Widerstands in der Bevölkerung bekannt machen, z.B. gegen die Mitglieder von Cams21 oder die Verfahren wegen Nötigung gegen TeilnehmerInnen von Blockaden. Die bekannt gewordene Verwicklung des Staatsapparats in die Neonazi-Szene sollte uns zusätzlich ermutigen, selbstbewusst gegen staatliche Repression aufzutreten und diese anzuprangern. Die Landesregierung muss mit offensiven Forderungen unter Druck gesetzt werden. Dazu gehören:

1. Schluss mit der Kriminalisierung

- Einstellung aller Gerichtsverfahren und Rückgängigmachung bereits erfolgter Gerichtsurteile und verhängter Strafen gegen S-21-GegnerInnen und ein Ende der Kriminalisierung des Widerstands gegen S 21.
- Absetzung von Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler

2. Aufarbeitung der 30. 9. 2010

- Aufarbeitung des 30.9. durch eine unabhängige Untersuchungskommission unter Einbeziehung der Betroffenen. Dazu gehört auch die Veröffentlichung aller Polizeivideos vom 30.9. in ungekürzter und unbearbeiteter Fassung.
- Wiederaufnahme aller niedergeschlagenen Anzeigen gegen Gewalt von Polizisten im Zusammenhang mit dem 30.9.



- Identifizierung und Suspendierung der Polizisten deren direkte Beteiligung an Misshandlungen und Provokationen durch Fotos, Videos und Zeugenaussagen belegt werden können.
- Schmerzensgeld und Schadensersatz für die Verletzten und Geschädigten des 30.9., allen voran für den erblindeten Dietrich Wagner und die anderen Schwerverletzten.

3. Umfassende Reform von Polizei und Versammlungsrecht

- Abschaffung der Wegtragegebühr für Blockierer und Rückerstattung bereits bezahlter Gebühren
- Schluss mit dem Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken, Pfefferspray und Videoaufzeichnungen gegen friedliche Demonstranten
- Abbestellung der neun Wasserwerfer, die die alte Landesregierung bestellt hat (Stückpreis 900.000 Euro).
- Auflösung von SEK und BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten)
- Schluss mit dem Einsatz von Spitzeln gegen die außerparlamentarische Opposition
- Einsatzverweigerungsrecht und politisches Streikrecht für Polizisten
- Vorgesetzte müssen von den Mannschaften gewählt und jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht von oben eingesetzt werden.
- Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- Mehr Rechte für Demonstranten statt weniger.
- Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz.



Lügen auf teuren Großflächenplakaten oder in Kinospots zu verbreiten. Pro-S21-Unternehmer verschicken mit dem Gehaltszettel Stuttgart-21-Propaganda in 100.000-Auflage. Die Tunnelparteien haben im Stuttgarter Regionalparlament eine Million aus der Verkehrsrücklage zweckentfremdet, um jeden Stuttgarter Haushalt mit S-21-Propaganda zu beliefern.

Medien unter demokratische Kontrolle

Die herrschende öffentliche Meinung ist im Kapitalismus die Meinung der Herrschenden. Kapitalistische Pressefreiheit ist die Freiheit der kleinen Minderheit von Reichen. In Stuttgart hat diese Pressefreiheit den Namen Richard Rebmann. Er ist Verleger und stehthinterdenbeidenStuttgarterLokal-undvielenanderenZeitungen im Land. Und er ist über mehrere Kanäle direkt mit S21 verfilzt.

Der Widerstand gegen S21 hat die Frage der Medien immer wieder diskutiert. Inzwischen gibt es mit der Zeitung „einundzwanzig“ und „Kontext“ Ansätze für Zeitungen, die unabhängig von den S21-Profiteuren und ihren Politikern sind. Das Internet ist ein Vorteil für die Bewegung. Dennoch zeigt die Volksabstimmung, dass es notwendig ist, die Medien unter demokratische öffentliche Kontrolle zu bringen. Dazu gehört auch, die Pressezaren zu enteignen. Nicht um die Herrschaft des Kapitals über die Medien durch eine staatliche Herrschaft zu ersetzen, sondern um allen gesellschaftlichen Gruppen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu den Medien zu ermöglichen. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Befreiung der JournalistInnen, die kürzlich in ihrem Streik nicht nur für eine bessere Bezahlung, sondern auch gegen den von den Chefetagen diktierten „Billigjournalismus“ ankämpften. Auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten müssen demokratisch kontrolliert und verwaltet werden.

Beeindruckende „Ja-zum Ausstieg“-Kampagne

Das überwältigende Engagement und die Kreativität in der „Ja-zum-Ausstieg“-Kampagne zeigt erneut, dass die Bewegung immer wieder zu einer ungeheueren Dynamik fähig ist. Obwohl den meisten AktivistInnen der undemokratische Charakter der Volksabstimmung klar ist, stürzten sie sich in den Kampf um möglichst viele Ja-Stimmen. In über 80 Orten in Baden Württemberg gab es am 12.11 im Rahmen des landesweiten dezentralen Aktionstages gegen Stuttgart 21 Infostände, Protestaktionen, Veranstaltungen. 12.000 nahmen an der 100. Montagsdemo teil. Im Vergleich dazu sieht das Pro-Stuttgart-21-Lager ziemlich kläglich aus. Grubes „Bürgerbahntour“ auf der Gäubahn war ein Rohkrepiere. Die Stuttgarter Zeitung resümiert über den Auftritt von Grube, Schmiedel, Teufel, Kauder und Co vor dem Tutt-

linger Bahnhof: „Weniger Publikum und mehr Prominenz geht kaum“. Das Pro-Lager ist noch weniger mobilisierungsfähig als vor der Landtagswahl. Bleibt zu hoffen, dass das auch für die Volksabstimmung selbst gilt.

Die Volksabstimmung und danach

Es ist erfreulich, dass sich bei AktivistInnen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Kampf nach der Volksabstimmung weiter gehen muss, egal wie sie ausfällt. Das kann aber nicht heißen, dass die Volksabstimmung dadurch weniger wichtig würde. Wir hatten bisher den Vorteil, dass wir bei unserem Widerstand Rückenwind aus der Bevölkerung hatten. Ob das nach dem 27. November so bleiben wird, wird stark vom Ergebnis der Abstimmung abhängen. Ein schlechtes Ergebnis würde bedeuten, dass wir danach kräftig Gegenwind bekommen und sich Demoralisierung in der Bewegung verbreitet. Deshalb hat das Ergebnis der Volksabstimmung eine entscheidende Bedeutung dafür, unter welchen Bedingungen wir nach dem 27. November gegen Stuttgart 21 weiter kämpfen werden.

Rolle der Gewerkschaften

Es ist ein Fortschritt, dass der DGB Mitglied im landesweiten Bündnis für den Ausstieg ist. Denn die Gewerkschaften sind potenziell die größte Gegenmacht gegen die Herrschenden.

Leider wurden die Möglichkeiten der Gewerkschaften in der Kampagne nicht genutzt. Das hängt offensichtlich damit zusammen, dass viele hohe Funktionäre mit SPD-Parteibuch die Umsetzung der Gremienbeschlüsse gegen Stuttgart 21 nach wie vor hintertreiben. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Daimler und hohe IGM-Funktionär, Erich Klemm, beteiligt sich sogar zusammen mit Lothar Späth, Peter Hauk und Birgit Homburger an der Pro-S21-Kampagne. Es bleibt über die Volksabstimmung hinaus Aufgabe der „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ und der Bewegung insgesamt, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen, endlich ihre Machtmittel gegen S 21 ins Feld zu führen.

Bahnbautweiter-Widerstand muss weitergehen

Dass die Bahn fest entschlossen ist, weiterzubauen, zeigt sich daran, dass sie beim Eisenbahnbundesamt den Weiterbau am Grundwassermanagement aus angeblich „öffentlichem Interesse“ durchgeboxt hat und nicht mal den Verwaltungsgerichtstermin am 15.12. abwartet, der über die Genehmigung der Planungsänderung entscheiden soll.

Bereits jetzt finden in allen Gruppen Diskussionen über den Widerstand nach der Volksabstimmung statt. Mit einer großen

Widerstandskonferenz nach der Volksabstimmung könnten die Debatten der einzelnen Gruppen zusammenfließen, ausgetauscht und demokratische Entscheidungen für das weitere gemeinsame Vorgehen getroffen werden. Aufgabe einer solchen Konferenz sollte auch eine ehrliche und offene Bilanz der Stärken und Schwächen der Bewegung bisher sein. Und es sollte diskutiert werden, ob und wie wir es schaffen für Zivilen Ungehorsam, für Blockaden, für den Ausbau der Präsenz im Mittleren Schlossgarten und Besetzungen eine Massenbasis aufzubauen und diese effektiv zu organisieren. Es ist gut, dass bereits vor der Volksabstimmung Schwerpunktblockaden für die Zeit danach geplant sind. Sie sollten von allen Gruppen des Widerstands und vom Aktionsbündnis bei den Demonstrationen massiv beworben werden.

Schuster und Föll stoppen

Stuttgart 21 ist nach Angaben der Projektbetreiber in erster Linie ein Städtebauprojekt der Stadt Stuttgart. Mit seinem Brief an jeden Wähler und der Androhung einer Schadensersatzklage gegen das Land für den Fall des Ausstiegs macht sich Schuster erneut zur Speerspitze des Pro-Lagers. Während die Stadt Stuttgart mindestens 1,6 Milliarden für Stuttgart 21 verschwendet, wird uns bei den jetzt laufenden Haushaltsberatungen wieder erzählt, dass kein Geld da sei für dringend notwendige soziale Maßnahmen. Finanzbürgermeister Föll will mit dem neuen Haushalt den geplanten Ausbau bei den Kitas und der Schulsanierung sogar weiter strecken. Dabei fehlen nach Angaben der Stadt aktuell 4.600 Krippen- und 3.500 Ganztagsplätze in Kitas sowie tausende Hortplätze. „Der vorhandene und der wachsende Bedarf der Eltern kann nicht annähernd gedeckt werden“, verkündete die Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer. Laut Schulbürgermeisterin Eisenmann sind hungrige Kinder an den Schulen inzwischen zum Massenproblem geworden. Trotzdem ist der Mehrheit im Gemeinderat die Finanzierung von S 21 oder dem Rosensteintunnel wichtiger als ein kostenloses Mittagessen an den Schulen.

Wir lassen uns nicht weismachen, dass die Stadt die Verträge zu S 21 nicht kündigen kann. Die Bahn hat bei Vertragsunterzeichnung die wahren Kosten bewusst verschwiegen. Das ist ein Grund, Verträge für null und nicht zu erklären und sogar Schadensersatz zu verlangen.

Die Ausstiegsgewinne bei Stuttgart 21 sind für die Stadt enorm: mindestens 750 Millionen Euro für die Rückgabe des Gleisvorfelds; 186 Millionen die u.a. für den Risikofonds reserviert sind; 12 Millionen Euro, weil die Neckarrealschule bleiben kann; 13 Millionen für die Rückgabe des Geländes der Gäubahn; 650.000 Euro jährlich für die laufenden Aktivitäten (z.B. 300.000 für die Propagandashow im Turmforum). Mit dem vielen Geld könnten entscheidende Verbesserungen bei den Kitas, Schulen, im Klinikum, bei der SSB, im Wohnungsbau, etc. finanziert werden. Die Fraktion SÖS und LINKE hat entsprechende Anträge zu den Haushaltsberatungen eingebracht. Doch ohne öffentlichen Druck wird nichts erreicht.

Dabei bietet sich eine enge Verzahnung mit dem Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung der Wasser- und Energieversorgung und mit dem Widerstand gegen den Rosensteintunnel an. Wir sollten alles dafür tun, dass das Bürgerbegehren des Stuttgarter Wasserforums und der Aktion Stadtwerke die nötigen Unterschriften bis Anfang Dezember zusammenbekommt.

(U-Listen-Download: www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de)

Auf wessen Seite stehen die Grünen?

Unter den AktivistInnen gegen Stuttgart 21 hat die Unzufriedenheit mit Kretschmann und den Grünen in der Landesregierung massiv zugenommen. Grund dafür gibt es genug.

Z.B. behauptete am 12. Oktober Umweltminister Franz Un-



tersteller (Grüne) bei der „Volksversammlung“ auf dem Marktplatz, Stuttgart 21 gefährde das Mineralwasser nicht. Dabei ignoriert der gelernte Architekt Untersteller die Einschätzung kompetenter Geologen und fällt der Bewegung gegen Stuttgart 21 somit in den Rücken.

Kretschmann redet davon, dass es dabei bleibe, dass die Landesregierung keine weiteren Kosten über die bereits zugesagten übernehme. Aber Grube lehnt die Übernahme der Zusatzkosten durch die Bahn ab. Warum spitzt Kretschmann den Konflikt an dieser Frage nicht zu? Wenn sich die Landesregierung die Übernahme aller Zusatzkosten durch die Bahn nicht durch einen wasserdichten Vertrag garantieren lässt, wird das Land für die Kostenexplosion gerade stehen müssen. Warum akzeptiert die Grüne/SPD-Regierung, dass die Bahn den zugesagten Termin des Lenkungsausschusses zur Kostenfrage vor der Volksabstimmung abgesagt hat? Warum verklagt die Landtagsfraktion der Grünen die Bahn nicht wegen arglistischer Täuschung und Betrug bei der Finanzierungsvereinbarung? „Was nützt uns das formale Weiterbestehen der Koalition, wenn Positionen geräumt werden? Dafür wurden die Grünen nicht gewählt. Wir haben Forderungen an Ministerpräsident Kretschmann, und wenn er sie nicht erfüllt, ist er nicht mehr unser Ministerpräsident. Will er es so weit kommen lassen?“ fragt Gangolf Stocker in der Zeitung StadtPlan 5/2011. Die Antwort ist: Ja das will er. Und er hofft darauf, dass ihm das Ergebnis der Volksabstimmung dazu legitimiert. Kretschmann hat im Landtag am 23.11. klargemacht, dass für den Fall, dass das Quorum nicht erreicht werde, die Bahn das Baurecht habe. „Und wir werden das auch durchsetzen.“

Empörend ist, dass unter einem grünen Ministerpräsidenten Polizei und Staatsanwaltschaft ihre Linie aus der Mappusära hemmungslos fortsetzen und neue Großeinsätze gegen uns vorbereiten.

Sicher gibt es an der Basis der Grünen (und der SPD) Menschen, die gerade engagiert für Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung werben und sogar deutlich sagen, dass der Kampf nach der Volksabstimmung weiter gehen muss. Aber was machen sie, wenn nach dem 27. November die Landesregierung Stuttgart 21 durchzuprügeln versucht?

Die Grünen in der Landesregierung und im Stuttgarter Gemeinderat müssen von der Bewegung weiter massiv unter Druck gesetzt werden, das umzusetzen, wofür sie gewählt wurden: Bau- und Vergabestopp, Kündigung der Finanzierungsverträge, Ende der staatlichen Repression, Wiedergutmachung für alle Opfer von Polizeigewalt, Verfahren gegen Politiker, Bahnmanager und Polizisten, die gelogen, betrogen und Gewalt ausgeübt haben.

Stuttgart 21 ist überall

Widerstand gegen dritte Startbahn in München

In München – und vor allem in Freising und Dachau, rund um den Münchner Flughafen – gibt es gerade eine Auseinandersetzung um den Bau einer 3. Startbahn, die mit Stuttgart 21 viele Parallelen hat und deren AktivistInnen sich immer wieder auf unseren Kampf gegen Stuttgart 21 berufen.

Am 29. Oktober fand in München eine Protestkundgebung mit über 10.000 TeilnehmerInnen statt, zu der auch vier AktivistInnen des AK „Stuttgart 21 ist über-

all“ anreisten. Sie hatten unter anderem eine Solierklärung des Aktionsbündnisses im Gepäck. Dass sich AktivistInnen gegen Stuttgart 21 mit dem Protest gegen die Startbahn solidarisierten, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Die bundesweite und internationale Vernetzung des Widerstands gegen destruktive Großprojekte ist ein wichtiges Mittel bei der Erhöhung der Durchsetzungskraft. SAV-Mitglieder setzen sich aktiv für die projektübergreifende Solidarität ein.

Ziviler Ungehorsam in Val di Susa: Lasst uns einen Schnitt machen

Seit zwanzig Jahren führen die Bewohner des Susa-Tals in Norditalien einen entschlossenen Kampf gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitstrecke, die ihr Tal und ihre Lebensgrundlagen bedroht.

Am Sonntag, den 23.10.11 waren erneut 15.000 Menschen im Val di Susa auf den Beinen. Ihr Ziel war das Sperrgebiet. Sie wollten die Bauzäune durchbrechen. Im Juni hatten Polizei und Militär eine Mahnwache brutal geräumt und drum herum eine militärisch besetzte Zone und ein Sperrgebiet errichtet. Nur unter diesem militärischen Schutz konnten ersten Bohrungen ausgeführt werden. Das wollten die Menschen im Tal nicht unbeantwortet lassen. Die DemonstrantInnen waren nach dem Motto „Diamoci un taglio“ (Lasst uns einen Schnitt machen!) mit Drahtscheren bewaffnet aufmarschiert und riefen: „Wir Frauen aus dem Susa-Tal sind sehr fleißig – wir können gut kochen und gut schneiden!“

Im Vorfeld wurde sehr ausführlich debattiert, wie ein gewalttätiger Eindruck verhindert werden könne. So legten die DemonstrantInnen viel Wert darauf, unbewaffnet und

unvermummt in ihrer ganzen Buntheit dabei zu sein. Doch gleichzeitig waren sie fest entschlossen die Bauzäune zu durchbrechen: „Die militärische Besetzung unserer Region und der Bau des Tunnels für den TAV (Hochgeschwindigkeitszug) ist ein Akt der Gewalt gegen unsere Region und die Menschen, die hier leben. Wir haben die Verantwortung, uns dagegen zu wehren in einem Akt des Zivilen Ungehorsams.“

Und so haben die Menschen friedlich und entschlossen Barrieren aus Zement und Zaun überwunden und sind in die gesperrte Zone eingedrungen. Dort haben sie in ihrer Hütte, dem Presidio Clarea eine Versammlung abgehalten und sich danach wieder zurückgezogen. Es gab eine massive Einschüchterungskampagne im Vorfeld, am Tag der Aktion ein beängstigendes Polizeiaufgebot inklusive Helikopter und Straßensperren. Doch die Menschen haben sich nicht einschüchtern lassen und ihren Willen demonstriert. Und damit setzen sie Woche für Woche ihr Motto in die Tat um: „Sara dura – per loro!“ Es wird hart – für sie!

Kapitalismus in der Krise: Es brennt an allen Ecken

Immer wieder haben Redner bei S-21-Demonstrationen davon gesprochen, dass Stuttgart 21 tot sei, dass es an seinen inneren Widersprüchen, seinem Irrsinn und der Kostenfrage scheitern werde. Dahinter steckt die Fassungslosigkeit, dass so ein Projekt gegen alle Vernunft, trotz aller Gefahren und Risiken durchgezogen wird. Die gleiche Fassungslosigkeit gibt es darüber, dass Banken und Spekulanten immer mehr Länder in den Staatsbankrott und den ökonomischen Abgrund stürzen. Fassungslosigkeit macht sich auch breit gegenüber der Tatsache, dass jeden Tag mehr Menschen verhungern, weil die Reichen der Welt mit Nahrungsmitteln spekulieren oder Getreide für Sprit verbrannt wird und dafür das „Bio“-Siegel verliehen wird. Fassungslosigkeit macht sich breit über die Tatsache, dass wir mit Steuergeldern einen Verfassungsschutz finanzieren, der Nazi-Mörder schützt.

Die Ursache des täglichen Irrsinns ist in allen Fällen die gleiche. Es ist das kapitalistische System mit seiner Ausbeutung von Mensch und Natur, mit seiner Politik des Teilens und Herrschens, mit staatlichem Rassismus und Repression. Die Krise des Kapitalismus führt dazu, dass die Verhältnis-



se immer undemokratischer, korrupter und brutaler werden. Im Kern geht es darum, dass der Kapitalismus riesigen privaten Reichtum akkumuliert hat. Die Millionäre und Milliardäre suchen für ihr Kapital profitable Anlagen. Und weil die Märkte sich nicht erweitern, muss aus den bestehenden Märkten und durch massive staatliche Umverteilung, durch

Privatisierung und Zerstörung von Infrastruktur und Natur noch mehr herausgeholt werden. Deshalb wird spekuliert – mit Aktien, Devisen, Immobilien, Rohstoffen, Nahrungsmitteln oder Finanzprodukten, die nichts anderes sind als riesige Wetten. Deshalb gibt es solche profitträchtigen Wahnsinnprojekte wie Stuttgart 21. Deshalb werden die Herrschaftsmethoden im Kapitalismus nicht demokratischer sondern undemokratischer.

Das Gerangel um die Volksabstimmung in Griechenland kommentierte die „Frankfurter Allgemeine“ am 1.11. wie folgt: *„Wer das Volk fragt, wird zur Bedrohung Europas. Das ist die Botschaft der Märkte und seit vierundzwanzig Stunden auch der Politik.“*

Die weltweite Krise 2008/2009 wurde uns als Unfall verkauft. Mit der Bankenrettung sollte wieder alles ins Lot kommen und ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung in Gang kommen. Aus den riesigen Schulden der Banken wurden riesige Staatsschulden. Jetzt stehen Staatsbankrotte und eine neue Rezession auf der Tagesordnung. Auch für den deutschen Kapitalismus geht die Party zu Ende. Die hohe Exportabhängigkeit, die in den letzten zwei Jahren zu einem kurzen Konjunkturboom führte, wird sich vom Vorteil in einen Nachteil verwandeln, wenn in anderen Ländern die Nachfrage wegschmilzt. Weil Kapitalismus Konkurrenzkampf bedeutet und auf kapitalistischer Grundlage der Nationalstaat nicht überwunden werden kann, wird auch der Euro früher oder später als gemeinsame Währung auseinanderbrechen und die Krise weiter vertiefen.

Karl Marx hat vor 160 Jahren im Kommunistischen Manifest geschrieben: *„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? (...) Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“*

Das bedeutet: die Krise des Kapitalismus nimmt kein Ende, es sei denn, wir machen dem Kapitalismus ein Ende.

Es führt in die Irre, gute produktive Kapitalisten gegen böse Finanzmärkte oder gute Mittelständler gegen böse Konzerne auszuspielen. Wir sehen bei Stuttgart 21, dass die „gute Produktion“ auch in der Zerstörung von Parks und denkmalgeschützten Gebäuden und dem Graben von sinnlosen (aber das Mineralwasser und Gebäude gefährdenden) Tunneln bestehen kann. Heckler und Koch macht seine Profite damit, dass es Waffen für Kriege und Bürgerkriege in der ganzen Welt produziert. Dabei greift der mittelständische baden-württembergische Betrieb genauso wie ein Großkonzern zu Bestechung von Politiker und Staatsbeamten, um Ausfuhrbeschränkungen zu umgehen.

Industrieunternehmen und Finanzsektor sind durch Aktienbeteiligungen, Aufsichtsratsposten etc. miteinander verflochten. Industrieunternehmen betätigen sich auf den Finanzmärkten, wenn sie sich dort Profite erhoffen. Konzerne wie Porsche und Daimler machen zum Beispiel Riesengewinne mit Finanzoperationen. Die Aufblähung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten ist durch politische Entscheidungen herbeigeführt worden. Diese Entscheidungen wurden von den ökonomisch Mächtigen als Antwort auf die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus seit den 70er Jahren erzwungen. Und weil Finanzspekulationen für den Kapitalismus inzwischen überlebensnotwendig sind, wird keine kapitalistische Regierung sie abschaffen.

Widerstand plus statt Finanzkrise plus!

Nicht nur in Stuttgart gibt es Widerstand. Eindrucksvoll lehnen sich die Menschen überall gegen die Macht von Ban-

ken und Konzernen auf. Am 15. Oktober gab es 1.500 Aktionen in 82 Ländern. In Griechenland kam es zum größten Generalstreik seit dem Sturz der Militärdiktatur in den 70er Jahren.

Dass die Bewegung im mächtigsten imperialistischen Land der Welt, den USA, so stark geworden ist, ist eine Ermutigung für AktivistInnen weltweit. Dass einzelne US-Gewerkschaften die Proteste unterstützen, dass es in Oakland einen Generalstreiksaufbruch gab, zeigt, wie schnell sich Bewegungen entwickeln können – auch wenn unser Gegner nicht nur ein Prozent Superreiche sind, sondern der Kapitalismus insgesamt.

Es zeigt sich aber auch, dass die Bewegung dann am stärksten ist, wenn sie ihre grundlegende Kritik am System und seinem Mangel an Demokratie mit konkreten Forderungen verbindet, z.B. in Südeuropa mit dem Kampf gegen die Kürzungspolitik. Und dass am 15. Oktober die dritt- oder viertgrößte Demo in Deutschland hier in Stuttgart war, lag sicher daran, dass wir hier seit fast zwei Jahren eine lebendige Massenbewegung gegen Stuttgart 21 haben. Deshalb wäre es fatal, hier eine Occupy-Bewegung isoliert vom Kampf gegen Stuttgart 21 aufbauen zu wollen. Notwendig ist es vielmehr, in der Bewegung gegen Stuttgart 21 verstärkt den Zusammenhang mit Finanzkrise, Eurokrise und anderen Symptomen der Krise des Kapitalismus zu thematisieren. Sonst riskieren wir, dass eine wachsende Schicht von Leuten denkt, es gebe gerade Wichtigeres als den Kampf gegen Stuttgart 21 und nicht versteht, dass wir es mit den gleichen Gegnern zu tun haben. Ein Erfolg gegen Stuttgart 21 wäre ein Schlag gegen das kapitalistische System und würde zu weiterem Widerstand ermutigen.

Kapitalismus bekämpfen – Lügenpack entmachten

Es gibt eine Alternative zu Sozialkahltschlag und immer höheren Schuldenbergen: Überführung der Banken in Gemeineigentum. Dann würden nicht nur die Schulden der Banken an den Staat übergehen – nach dem Prinzip: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren – sondern auch ihre Vermögen. Dann könnten die Ersparnisse der kleinen Leute gesichert und die Schulden an Spekulanten, an reiche und superreiche Geldanleger gestrichen, ihre horrenden Spekulationsgewinne konfisziert werden. Die Banken und der gesamte Finanzsektor könnte dann von VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Da der Finanzsektor eben nicht vom Rest der kapitalistischen Wirtschaft getrennt ist, würde eine solche Maßnahme eine Machtprobe mit den Kapitalisten insgesamt bedeuten und könnte nur erfolgreich sein, wenn die großen Konzerne, die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ insgesamt in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden.

Ein Absturz wie in Griechenland und seine Ausweitung auf andere Länder lässt sich nur verhindern, wenn die Macht der Konzerne gebrochen wird, wenn die Ressourcen der Gesellschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und Umwelt eingesetzt und die parlamentarische Scheindemokratie durch eine direkte Demokratie ersetzt wird. Als Ausgangspunkt dafür brauchen wir eine Regierung, die sich nicht auf die völlig undemokratischen prokapitalistischen staatlichen Strukturen, die bürgerlichen Staatsanwälte und Gerichte, den bürgerlichen Polizeiapparat stützt. Eine Regierung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung braucht eine Stütze in der Selbstorganisation und politischen Selbstermächtigung



Thomas Igler

der Bevölkerung. Und diese Selbstorganisation besteht in klassenkämpferischen Gewerkschaften und Betriebsgruppen, in Schüler- und Studierendenkomitees, in Organisationen des außerparlamentarischen Widerstands, wie z.B. dem Widerstand gegen Stuttgart 21, in der Anti-AKW- und Antifa-Bewegung, in Umwelt-, Bürger-, Mieter- und anderen Initiativen. Eine antikapitalistische Regierung könnte dann mit direkter Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung Banken und Konzerne in Gemeineigentum überführen, Leute wie Ackermann, Grube, Kefer, Zetsche und Co. entlassen und die Verwaltung und Kontrolle von Betrieben, Branchen, Schulen, Unis, Stadtteilen, Städten, Regionen und des ganzen Landes durch demokratische Selbstverwaltungsorgane, oder Räte, organisieren, deren Mitglieder jederzeit abwählbar sind und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

DIE LINKE als kämpferische antikapitalistische Partei aufbauen

Die Politik der Kretschmann-Regierung wird früher oder später zu Desillusionierung, Enttäuschung und Wut über die Grünen führen. Damit stellt sich noch dringender die Frage nach einer politischen Alternative.

In Stuttgart hat sich die Linke in den letzten Jahren an der Bewegung gegen Stuttgart 21 beteiligt. Dabei hat sie von Anfang an betont, dass es bei Stuttgart 21 auch um soziale Fragen geht, dass das Geld, das für Stuttgart 21 vergeudet wird, bei Sozialem, Bildung, Gesundheit etc. fehlt. Einzelne VertreterInnen der LINKEN haben auch immer wieder die Bedeutung von zivilem Ungehorsam angesprochen und sich an Blockaden beteiligt. Insgesamt hätte die Linke ihr Potenzial besser nutzen und stärker eine reale Kraft beim Aufbau des Widerstands sein können. Politisch ist es nach Meinung der SAV Aufgabe der Linken zu erklären, dass hinter Stutt-

gart 21 das Kapital steht, dass es Ausdruck für die Verkommenheit des Kapitalismus insgesamt ist und deshalb die Systemfrage gestellt werden muss. Dafür setzt sich die SAV in der Linken ein.

Wenn die Landesregierung nach der Volksabstimmung versucht, Stuttgart 21 durchzudrücken und die Führung und große Teile der Grünen das mittragen, um nicht von der Regierung vertrieben zu werden, dann kann die LINKE eine wichtige Rolle dabei spielen, die Kräfte zusammen zu halten, die bereit sind, den Widerstand gegen Stuttgart 21 fortzusetzen und sich politisch radikalisieren.

In dem vor kurzem verabschiedeten Grundsatzprogramm der Linken wird dem Kapitalismus eine klare Absage erteilt. Im Bundestag ist die Linke die einzige Partei, die den Rückzug aller Soldaten aus Afghanistan fordert. Die Bundestagsfraktion der Linken war die einzige Partei, die den Euro-Rettungsschirm abgelehnt und erklärt hat, dass er einzig und allein ein Programm zur Rettung der Banken ist. Die Partei schwankt jedoch zwischen antikapitalistischer Rhetorik und Opposition auf der einen Seite und ideologischer Anbiederung an die Marktwirtschaft verbunden mit parlamentarischer Fixierung und Koalitionsabsichten mit SPD und Grünen auf der anderen Seite. Mit der Beteiligung an Sozialabbau und Privatisierungen in der Koalition mit der SPD in Berlin hat die Partei enorm an Glaubwürdigkeit eingebüßt, die Wahlen verloren und den Aufstieg der Piraten mit verursacht.

Dennoch ist die Partei DIE LINKE derzeit der einzige Ansatz für den Aufbau einer breiten bundesweiten antikapitalistischen Partei. Es muss verhindert werden, dass die Partei dort landet, wo SPD und Grüne längst angekommen sind. Dafür kämpft die SAV in der Linken. Wir rufen alle S-21-GegnerInnen, die die Notwendigkeit einer neuen linken politischen Interessenvertretung erkannt haben auf, uns dabei zu unterstützen.

Unser Programm gegen Stuttgart 21

- Nein zu Stuttgart 21 einschließlich der Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen-Ulm.
- Die Gäubahn muss bleiben und ausgebaut werden.
- Verwendung der 14 Milliarden Euro, die dafür sinnlos vergraben werden, für den sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, bezahlbare Wohnungen.
- Nein zum Börsengang und zur Privatisierung der Bahn. Die Gewinne der Bahn müssen für den Ausbau des Streckennetzes, für Fahrpreissenkungen, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten verwendet werden.
- Entlassung von Grube und allen anderen Bahnvorständen und Aufsichtsräten. Demokratische Verwaltung der Bahn durch gewählte VertreterInnen der Beschäftigten, der Bahngewerkschaften, Organisationen wie „Bahn von unten“, „Pro Bahn“, Verkehrsclub Deutschland VCD, BUND sowie regionalen Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen wie zum Beispiel die Bewegung gegen Stuttgart 21 oder die Bürgerinitiative Rheintalbahn. Diese gewählten VertreterInnen sollten nicht mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Bahnbeschäftigten und jederzeit abwählbar sein.
- Entlassung der Chefs und Aufsichtsräte der SSB/VVS und demokratische Verwaltung des Nahverkehrs durch demokratisch gewählte Beschäftigte und Nutzer.
- Ausbau des S-Bahn-Netzes und des gesamten öffentlichen Nahverkehrs. Enge Koordination und Vertaktung zwischen kommunalen Verkehrsbetrieben und Bahn.
- Nulltarif im gesamten VVS.
- Die Stadt gehört uns. Schluss mit Immobilienspekulation, Kommerz, Prestigebauten, Bürobunkern und Betonwüsten. Für eine demokratische Stadtplanung im Interesse und unter der Kontrolle der hier lebenden und arbeitenden Menschen. Dafür muss in allen Stadtteilen und stadtweit eine Bürgerbeteiligung mit Entscheidungs- und Kontrollbefugnis erfolgen.
- Diktatur der Banken und Konzerne beenden. Überführung aller Banken und Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Umstellung der Autoindustrie auf die Produktion eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssystems und andere gesellschaftlich sinnvolle Technologien.
- Für eine geplante Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung und der Umwelt orientiert und nicht am Profitinteresse einer Minderheit.

Wer wir sind und was wir wollen

Die SAV ist eine revolutionär sozialistische Organisation und bildet in der Partei DIE LINKE einen marxistischen Flügel.

Für uns ist das Projekt S 21 kein Ausrutscher des Kapitalismus. S 21 ist ein Beispiel wie Kapitalismus funktioniert.

Einzig und allein die Profitinteressen von Banken, Immobilienhaien und Konzernen zählen. Die Politiker der S21-Parteien sind durch und durch korrupt.

Die SAV Stuttgart war von Anfang an aktiv gegen Stuttgart 21. Wir setzen uns in der Linken dafür ein, dass die Partei sich aktiv am Aufbau des Widerstands gegen S 21 beteiligt. SAV-Mitglieder haben den Aufbau der „Jugendoffensive gegen S 21“ mitinitiiert. Andere sind aktiv im Aktionskreis „Cannstatter gegen Stuttgart 21“, in der Blockadegruppe oder im AK „Stuttgart 21 ist überall“.

Für uns ist der Kampf gegen S 21 Teil des Kampfes gegen das Profitsystem. Auf der Grundlage des Ka-

pitalismus kommen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr unter die Räder. Deshalb muss der Kampf gegen S 21, der Kampf gegen die Angriffe des Kapitals und für Verbesserungen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, organisiert durch Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen.

In der DDR gab es keinen Sozialismus, sondern eine Diktatur einer kleinen Minderheit von Staatsfunktionären.

Kapitalismus herrscht global. Deshalb muss der Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus international geführt werden. Die SAV ist dafür mit mehr als 45 Organisationen und Parteien auf allen Kontinenten im Komitee für den Aufbau einer Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossen.

Werdet Mitglied in der SAV und im CWI.